



BILDANSICHT VERKLEINERN



„Guttenberg muss seine Bewertung korrigieren“

Interview Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, fordert vom Verteidigungsminister mehr Transparenz.

Der Arbeitsminister Franz Josef Jung, der als damaliger Verteidigungsminister für die Kundus-Affäre verantwortlich war, ist gestern zurückgetreten. Für die SPD sind der Bombenangriff in Afghanistan und seine Aufarbeitung damit aber nicht vom Tisch.

Herr Arnold, Franz Josef Jung ist zurückgetreten. Die Rede ist von Informationspannen – oder hat es sich vielmehr um eine gezielte Falschinformationskampagne gehandelt?

Fakt ist, dass ihm Informationen zur Verfügung standen, die er nicht wollte und die ihn nicht interessiert haben. Ob dahinter eine politische Strategie steckt, sich diese unangenehmen Dinge vom Leib zu halten, kann ich nicht beurteilen. Aber es ist nicht einfach nur eine Informationspanne.

Wer trägt aus Ihrer Sicht die Hauptschuld: Franz Josef Jung, der Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan oder der Staatssekretär Peter Wichert?

Wenn Informationen beim Staatssekretär anlangen, haben sie die politische Leitung erreicht. Und für all dies, was auf der Staatssekretärssebene ankommt, ist auch der Minister mitverantwortlich. Anders verhält es sich beim Generalinspekteur. Mein Eindruck war, dass der Minister dessen Kompetenz nur sehr formalisiert abgerufen hat, anstatt auch immer mal wieder unter vier Augen seinen Rat zu hören.



Rainer Arnold hat noch Fragen. Foto: Rüdell

Welche Auswirkungen hat das Ganze auf den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr?

Es hat Auswirkungen auf die Befindlichkeit der Truppe, und wir müssen alle – Parlamentarier, Regierung, Soldaten – schnell dafür sorgen, dass das Vertrauen wieder zu 100 Prozent hergestellt wird. Die Soldaten brauchen den Rückhalt der Bevölkerung.

Wie kann man den Schaden beheben?

Den Schaden kann man zumindest verringern, indem Sorge dafür getragen wird, dass Informationsprozesse im Ministerium völlig andere werden als in der Vergangenheit. Den Schaden muss überdies auch Herr Guttenberg minimieren, indem er sich endlich der Wirklichkeit dieses Isaf-Berichts stellt. Er muss seine Bewertung korrigieren, dass der Bombenabwurf auf eine Menschenmenge angemessen und unausweichlich gewesen sei. Diese Einschätzung ist nach Lage des Isaf-Berichts falsch.

Wie muss die neue Bewertung von Herrn Guttenberg aussehen?

Der bisherige Isaf-Bericht ist ein sehr gründliches, wahrhaftiges Dokument und völlig ausreichend, um zu einer Bewertung zu kommen. Und die Bewertung heißt eben: dieser Einsatz hat gravierend Isaf-Regeln verletzt. Er war politisch, strategisch kontraproduktiv, er deckt sich nicht mit den Anordnungen der Nato.

Die Fakten sind auf dem Tisch. Trotzdem fordert die SPD einen Untersuchungsausschuss. Warum?

Es ist im Verteidigungsbereich nicht so sehr kompliziert mit Untersuchungsausschüssen. Der Verteidigungsausschuss kann sich selbst zum Untersuchungsausschuss erklären. Das hat gegenüber der Aufarbeitung im regulären Ausschuss den Vorteil, dass wir auch die Herren vernehmen können, zu denen wir sonst keinen Zugang hätten. Mich würde interessieren, wie der Generalinspekteur oder auch Herr Wichert die Vorgänge bewerten. Es geht nicht nur um Dokumente, sondern auch darum, wie kommuniziert worden ist.

Das Gespräch führte Gerhard Pfisterer.